Oktober 2018

Erneuerung

Liebe Freundinnen und Freunde der CSA,

der Rückzug Angela Merkels vom Amt der CDU-Vorsitzenden ist ein sehr respektabler und souveräner Schritt, der Haltung beweist und damit eine weitere Erneuerung der CDU ermöglicht.

Das darf aber nicht den Blick von unserer CSU ablenken: Wir brauchen eine breitere thematische Ausrichtung in unserer Partei, welche alle Aspekte von konservativ über liberal bis zu sozial und ja, auch ökologisch, umfasst und damit die Union weiterhin in der breiten Mitte der Gesellschaft verankert. Gleichzeitig müssen wir den Weg einer weiteren personellen Erneuerung gehen.

Die CSU hat einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Dem müssen wir mit Verantwortung für das Land nachkommen. Der neue Koalitionsvertrag mit den Freien Wählern stellt hier hoffentlich einen ersten Schritt da: *Für ein bürgernahes Bayern – menschlich, nachhaltig, modern.*

Das entbindet uns nicht von der Pflicht, das Ergebnis klar und deutlich aufzuarbeiten. Mit einem anderen Stil und mehr verbindender Sprache müssen wir beginnen.

Herzlichst

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bezirksvorsitzender der CSA Augsburg

Erhöhung des Mindestlohns

Die Einführung des Mindestlohns war notwendig, um Auswüchse in bestimmten Bereichen zu unterbinden und auf eine nachlassende Tarifbindung zu reagieren. Seit Januar 2017 beträgt der Mindestlohn 8,84 Euro je Arbeitsstunde. Viele argumentieren, dass dies in der heutigen Zeit und den einhergehenden Lebenshaltungskosten zu wenig sei. Darüber lässt sich auf jeden Fall streiten, aber das wie ist entscheidend.

Wir waren uns bei der Einführung des Mindestlohns darüber einig: Der Mindestlohn soll nicht von der Politik festgelegt werden. Jetzt kopieren Scholz und Heil die Parolen der Linken und fordern einen Mindestlohn von 12 Euro.

Tarifliche Vereinbarungen haben in Deutschland eine gute Tradition. Ein politischer Mindestlohn wäre ein Eingriff in die Tarifautonomie und würde die Gewerkschaften überflüssig machen. Er würde bedeuten, dass all die tariflichen Vereinbarungen, die abgeschlossen worden sind, nicht mehr greifen würden. All die Tarifverträge, die von den Tarifvertragsparteien mit Höhen geschlossen wurden, die darunter liegen, kämen nicht mehr zur Anwendung. Unser Ziel ist und darf es nicht sein, auf diese Weise Beschäftigungsverhältnisse zu gefährden.

Wir wollen mehr Arbeitsplätze schaffen und nicht weniger. Die Forderungen der SPD sind nicht nur kurzsichtig, sondern fahrlässig. Es stellt sich die Frage, ob solche Forderungen das sozialdemokratische Profil nicht weiter schädigen.

Erneute Finanz- und Bankenkrise verhindern. Weltweite Standards bei Arbeitsbedingungen durchsetzen. Der Vorstand der Arbeitnehmergruppe in New York:

Drei Vertreter der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten im Oktober die Möglichkeit im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung nach New York City zu reisen: Der Vorsitzende Uwe Schummer MdB, Marcus Weinberg MdB sowie für die CSU Volker Ullrich MdB.

Das Hauptaugenmerk lag auf den nationalen und subnationalen Auswirkungen der US-Finanz- und Wirtschaftspolitik: Wie können wir eine erneute Finanz- und Bankenkrise verhindern und bereits jetzt präventiv agieren? Es wurden viele wichtige Gespräche mit deutschen und US-amerikanischen Partnern geführt- u.a. mit dem Stellvertretenden Generalkonsul, Jens M. Janik, mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der UN, Dr. Christoph Heusgen, aber auch mit Partnern der UN, mit Programm Managern beim German Center for Research and Innovation, oder auch mit dem Präsidenten der RWDSU (US-Gewerkschaft). Uns war dabei wichtig zu erörtern, inwiefern Arbeitnehmerinteressen in den USA gewahrt und umgesetzt werden und wie wir es langfristig schaffen, weltweite Standards bei Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Es kristallisierte sich jedoch bald heraus, dass das beherrschende Thema in unseren Gesprächen, die angespannte und teils zerrüttete Situation der Gesellschaft war. Der politische Dialog zwischen seinen Anhängern und Gegnern Donald Trumps war kurz vor den richtungsweisenden Zwischenwahlen kaum mehr möglich. Die Form und Ausübung des Hasses und der Ausgrenzung werden immer radikaler. Der US-Präsident trägt mit seiner ausfallenden Rhetorik und seinem fehlenden politischen Stil dazu bei. Wir erleben ein verbales Aufstacheln gegen Bündnispartner; Konkurrenz statt Kooperation. Das transatlantische Verhältnis zwischen den USA und Europa ist mehr als herausgefordert.

Wir haben uns vorgenommen, weiter konstruktive Gespräche mit unseren amerikanischen Partnern zu führen und für ein gutes transatlantisches Verhältnis und neues Vertrauen zu arbeiten. Das Ergebnis der Zwischenwahlen ist ein erstes Zeichen gegen den aktuellen Kurs Donald Trumps und läutet hoffentlich langfristig eine Trendwende ein.

In der Arbeitnehmergruppe:

Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Peter Tauber MdB

Im Rahmen der ersten Sitzung der Arbeitnehmergruppe im Oktober hatten wir die Möglichkeit, mit unserem Parlamentartischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und selbst Oberleutnant der Reserve, Peter Tauber, zu sprechen.

Peter unterstützt die Verteidigungsministerin bei der parlamentarischen und politischen Vertretung der Aufgaben aus den Abteilungen Politik, Cyber/Informationstechnik, Führung Streitkräfte, Strategie und Einsatz sowie Personal. Hier lag auch der Fokus seiner Ausführungen:
Mit über 200.000 Angestellten ist die Bundeswehr ein Arbeitgeber mit großer Tragweite und Verantwortung.

Trendwende Personal: Im Hinblick darauf sowie auf die veränderte globale Sicherheitslage wurde in den vergangenen Jahren ein großes Bündel an Maßnahmen getroffen, um diese Personalkapazitäten zu nutzen: Zunächst wurde die Obergrenze für das Personal abgeschafft und ein sogenanntes Akitivitätsprogramm gestartet. Es wurde eine große Werbekampagne konzipiert, die besonders junge Menschen im Internet ansprechen soll („E-Recruiting“). Eine moderne Art der Personalwerbung, die Wirkung zeigt: Die Bundeswehr wächst wieder. 2017 bewarben sich rund 125.000 Menschen, von denen 28.000 eingestellt wurden. Die gute Bewerberlage gibt der Bundeswehr die Möglichkeit, eine Bestenauslese zu betreiben und die fähigsten Leute zu rekrutieren.
Die Bundeswehr bietet ferner vielfältige Angebote im Ausbildungssegment. An den zwei Universitäten gibt es neben über 1000 Studenten pro Jahr mittlerweile auch ein Angebot von über 60 Studiengängen.

Auch Frauen sollen stärker im Fokus stehen und mehr für Chancengerechtigkeit eingetreten werden. Aktuell liegt die Frauenquote bei rund 12 %. Angestrebt werden 15-20 %, wo nach Aussage Peter Taubers, bei der Bundeswehr auch eine natürliche Grenze im Hinblick auf die Karriereauswahl liegt.

Trendwende Material: Auch beim Material und der Ausstattung der Bundeswehr lässt sich ein klarer Trend abzeichnen. Es bestehen aktuell Beschaffungsaufträge von 31 Mrd Euro. Das Budget für Ersatzteile und Instandsetzung wurde um 38 % gesteigert. Es wird gearbeitet an einer flächendeckend modernen Schutzausrüstung und Ausstattung sowie einem modernen Arbeitsumfeld (IT, aber auch Unterkünfte).

Peter Tauber beschrieb **5 klare Ziele** für die Bundeswehr der nächsten Jahre:

1. Den Fokus auf Landes- und Bündnisverteidigung legen (Nachholbedarf)
2. Verbesserung der Cybersicherheit
3. Europa voranbringen (Kooperation mit Frankreich, den Niederlanden oder Norwegen)
4. Bündnisverpflichtungen erfüllen (2 %-Ziel der NATO, Speerspitze im Baltikum stellen)
5. Vereinte Nationen stärken

Zuletzt ein Appell von Peter an uns alle: Den Dienst und die Leistung der Soldatinnen und Soldaten nicht für selbstverständlich nehmen und einfach mal Danke sagen. Vielen Dank auch dir für deinen Besuch, lieber Peter!

In der Arbeitnehmergruppe:
Unser neuer Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus MdB

Bereits kurz nach seiner Wahl zum neuen Fraktionsvorsitzenden war es Ralph Brinkhaus ein Anliegen, uns in der Arbeitnehmergruppe zu besuchen und sich die Zeit für ein intensives Gespräch zu nehmen.

Kurz nach der Landtagswahl in Bayern stellte er fest: Die Wählerentscheidungen werden immer komplexer und vor allem kurzfristiger. Die Grünen haben für viele Bürger das Thema „Zukunft“ positiv besetzt. Wir müssen besser kommunizieren, dass unsere Konzepte die zukunftsfestesten und stabilsten sind.

Renten steigen 2019 um mehr als drei Prozent: In Westdeutschland werden die gesetzlichen Renten voraussichtlich um 3,18 Prozent steigen. In Ostdeutschland sollen die Renten sogar um 3,91 Prozent in die Höhe gehen. Es ist an uns, diese positiven Ergebnisse, für die wir arbeiten, den Bürgern nahzubringen und positiv zu kommunizieren. Auf haltlose Vorabkritik der Opposition müssen wir besser reagieren und weniger in der Defensive verweilen. Wir müssen Zukunftsthemen besetzen und aufhören, uns mit Defensivthemen zu beschäftigen.

Im Hinblick auf das noch im Sommer angespannte Verhältnis zwischen CDU und CSU und mit Blick auf den Wechsel des Parteivorsitzes muss unsere Priorität darin liegen, die Reihen wieder zu schließen und alle Flügel der Union in den Prozess einzubinden. Das bedeutet **Volkspartei**.

Die im Rahmen der **Digitalisierung** anstehende und sich bereits vollziehende Änderung in der Arbeit muss Thema der Union werden, so Brinkhaus. Es ist Symbol- und Sorgenthema für viele Bürger. Mit Ehrlichkeit für die Sicherheit der Menschen in unserem Land arbeiten. Das bedeutet für uns, auch unangenehme Wahrheiten offen ansprechen und Lösungskonzepte vorlegen. Das kann den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Sicherheit geben und wieder Vertrauen in die Politik aufbauen.

Ralph plädiert weiter für eine Rückbesinnung zu unserem Kern: Der **Sozialen Marktwirtschaft**. Er spricht sich sogar für eine Erweiterung des Begriffs aus: Digitale Soziale Marktwirtschaft. Auch das Thema Nachhaltigkeit, dass laut Wahlanalysen immer mehr Bürgerinnen und Bürger beschäftigt, dürfen wir nicht den Grünen überlassen. Das christliche Menschenbild und die Bewahrung der Schöpfung sollte auch ein Hauptanliegen der Union sein.

Ralph Brinkhaus fordert zum Schluss noch eine **neue politische Kultur**: Weniger übereinander und mehr miteinander reden. Alles andere führt langfristig zu einer noch stärkeren Spaltung der Gesellschaft. Ferner brauchen wir mehr Haltung: Respektvoller Umgang miteinander trotz unterschiedlicher Positionen.

Lieber Ralph, vielen Dank für deine Ausführungen und noch einmal bestes Gelingen für die anstehenden Aufgaben!

Die Woche im Parlament

Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz). Unser „Rentenpaket“ bündelt eine ganze Reihe von Verbesserungen für Rentner. So erhöhen wir etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Wir schaffen Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben. Die Leistungen des Pakets, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten, sollen zum 1.Januar 2019 in Kraft treten.

Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz). Das Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, sieht zahlreiche Neuregelungen vor, um die Pflegekräfte in der Kranken- und Altenpflege zu entlasten So sollen etwa 13.000 neue Pflegepersonalstellen im Bereich der Altenpflege geschaffen werden. Die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Kliniken wird erleichtert. Zudem wird der Krankenhausstrukturfonds ausgebaut. Dafür steht ab dem Jahr 2019 ein Finanzvolumen von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr bis einschließlich 2022 bereit. Damit können z.B. Krankenhausumbauten aber auch Investitionen in die IT-Ausstattung finanziert werden.

Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Beitragssatzanpassung. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Finanzierung der Mehrausgaben, die aus der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und der Verbesserung der Leistungen der Pflegeversicherung resultieren. Da mehr Menschen die unterschiedlichen Leistungsverbesserungen in Anspruch genommen haben als erwartet, ist eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019 notwendig. Insgesamt ergibt sich damit ein Beitragssatz von 3,05 Prozent. Damit wird es auch möglich sein, weitere im Koalitionsvertrag vereinbarte Maßnahmen wie die weitere Entlastung pflegender Angehöriger umzusetzen.

Gesetz zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Familienentlastungsgesetz – FamEntlastG). Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung eine Reihe von Verbesserungen zugunsten von Familien mit Kindern. Diese umfassen eine Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro ab 1. Juli 2019 sowie eine Anhebung des Kinderfreibetrags um 192 Euro ab 1. Januar 2019. Ebenfalls wird der steuerliche Grundfreibetrag angehoben und die kalte Progression abgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Mrd. Euro. Wir bauen mit diesem Gesetz zum 6. Mal in Folge die kalte Progression ab, so dass Lohnerhöhungen nicht von einer höheren Steuer aufgefressen werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse. Die Regierungskoalition hat die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu einer ihrer zentralen Aufgaben für diese Legislaturperiode gemacht und nutzt ein neues, im Koalitionsvertrag vereinbartes Mittel erstmalig, um das deutlich zu machen. In der Orientierungsdebatte am Mittwoch greifen wir unter anderem Fragen einer gerechten Verteilung von Ressourcen oder Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Wohnort auf. Strukturschwächen in ländlichen Räumen, Regionen, Städten und Kommunen in allen Bundesländern sollen wirkungsvoll bekämpft und die Kommunen beim demografischen Wandel unterstützt werden. Zur Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen bis Herbst 2020 hat die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, die im September ihre Arbeit aufgenommen hat.

Zehntes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Schaffung neuer Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose auf dem allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt (Teilhabechancengesetz – 10. SGB IIÄndG).
Wir beschließen in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, mit dem Instrumente zur besseren Integration von Langzeitarbeitslosen auf dem allgemeinen und dem sozialen Arbeitsmarkt geschaffen bzw. verbessert werden. Um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von sehr arbeitsmarktfernen Personen zu fördern, werden neu abgeschlossene Arbeitsverhältnisse von Personen, die seit mindestens 7 Jahren Leistungen nach dem SGB II beziehen und in dieser Zeit nicht oder nur sehr kurz erwerbstätig waren, durch einen Lohnkostenzuschuss gefördert. Dieser beträgt in den ersten beiden Jahren des Arbeitsverhältnisses 100 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns und sinkt danach um 10 Prozentpunkte pro Jahr. Bei einer maximalen Förderdauer von 5 Jahren bleibt das mittel- und langfristige Ziel, die Arbeitnehmer durch umfangreiche Betreuung und zahlreiche Angebote zur Weiterbildung aus der geförderten in eine ungeförderte Beschäftigung zu überführen.

Terminvorschau

- 09.11.2018 CSA-Landesvorstandssitzung
  in der CSU-Landesleitung in München
- 10.11.2018 CSA-Landesdelegiertenversammlung unter dem Motto „Zukunft braucht Gerechtigkeit“
  in der CSU-Landesleitung in München

„Wir brauchen eine breitere thematische Ausrichtung in unserer Partei, welche alle Aspekte von konservativ über liberal bis zu sozial und ja, auch ökologisch, umfasst und damit die Union weiterhin in der breiten Mitte der Gesellschaft verankert.“

Volker Ullrich

Impressum - Verantwortlicher im Sinne des Presserechts

Dr. Volker Ullrich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227-73199
Fax: 030 227-76198
volker.ullrich@bundestag.de

Wahlkreisbüro Dr. Volker Ullrich MdB
Heilig-Kreuz-Straße 24
86152 Augsburg
Telefon: 0821 5047 9440
Fax: 0821 5047 9441
volker.ullrich@bundestag.de

www.volker-ullrich.de